

8. Zielgerichtetes Umweltmanagement für die kantonale Verwaltung

Postulat Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis) und Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) vom 6. Januar 2020 KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

KR-Nr. 2/2020, RRB-Nr. 200/4.3.2020 (Stellungnahme)

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 4. März 2020 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich arbeite mit dem Management-System «Energistadt» und mit dem Umweltmanagement «Grüner Güggel» für Kirchgemeinden.

Um was es mir mit diesem Postulat geht: Die kantonale Verwaltung hat eine Vorbildfunktion. Als Kantonsrätin möchte ich in der Berichterstattung von Regierungsrat und Direktionen herauslesen können, dass sie bei ihren Aktivitäten und in ihrem Alltagsbetrieb die Umweltauswirkungen minimieren. Ich möchte sicher sein, dass ich da als Kantonsrätin nicht ins Detail eingreifen muss, weil eine öffentlich zugängliche Berichterstattung dokumentiert, dass das Thema zielgerichtet angegangen wird.

Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates nimmt die Koordinationsstelle für Umweltschutz, KofU, einige Aufgaben eines Umweltmanagementsystems für die Verwaltung wahr. Es werden ausgewählte Kennzahlen erfasst und einzelne Ämter verfügen über ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem. Das, als Beispiel, muss man auf der Website der einzelnen Ämter einzeln zusammensuchen.

In der heutigen Berichterstattung wie KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) oder Geschäftsbericht kommt diese Sichtweise sehr kurz; die einzigen Indikatoren, die ich gesehen habe, zielen auf die Standards der Bauprojekte. Das sind wichtige Punkte, aber sie bilden den Betrieb nicht ab. Die Umweltpraxis der KofU und der Umweltbericht des Kantons sind interessant, machen aber ebenfalls keine Aussagen zum Fussabdruck der Verwaltung in Bezug auf die Ökologie. Es wäre wünschenswert, dass die Berichterstattung auf Kantonsebene eine Übersicht über die Umweltmassnahmen der Direktionen gibt. Nur so kann man abschätzen, ob genügend Geld und ob dieses in Bezug auf Kosten-Nutzen sinnvoll eingesetzt wird.

In der Stellungnahme des Regierungsrats wurde eine Prüfung in Aussicht gestellt, wo die bestehende Berichterstattung zu den Umweltkennzahlen ergänzt, gebündelt und in geeigneter Form dargestellt werden kann. Die Stellungnahme ist nun schon sehr viele Monate alt. Ich habe versucht, diese Prüfung oder eine vertiefte Berichterstattung über die Umweltbemühungen der Verwaltung als Ganzes zu finden. Ich habe es nicht geschafft, lasse mich dann aber gerne korrigieren.

Ich stimme mit Aussagen von heute Nachmittag nicht überein, die beispielsweise gefordert haben, dass die kantonalen Direktionen sich am Weltwassertag profilieren müssten – davon grenze ich mich mit diesem Postulat bewusst ab. Wir sollten als Kantonsrat unserer Flughöhe angemessen mit Regierungsrat und Verwaltung diskutieren. In meinen Augen braucht es da nicht Forderungen wie die von der «Blue Community» (KR-Nr. 367/2019) oder dem «Leitungswasser statt Mineralwasser in der kantonalen Verwaltung» (KR-Nr. 303/2019), sondern die Forderung nach einem Umweltmanagement und der Berichterstattung mit zielführenden Kennzahlen.

Deshalb möchte ich das Postulat trotz der Ablehnung des Regierungsrates aufrechterhalten und heute überweisen, damit die in der Stellungnahme angekündigte Berichterstattung erfolgt. Wie erwähnt – und das möchte ich nochmals betonen –, sollen dabei Kosten-Nutzen immer im Auge behalten werden. Aber so können wir als Kantonsrat sicher sein, dass die Verwaltung zielgerichtet über alle Bereiche ihrer ökologischen Vorbildwirkung nachkommt – nicht nur in kleinen Details. Und wir müssen in Zukunft auch keine Micromanagement-Vorstösse à la «Leitungswasser- statt Mineralwasser» diskutieren.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Nach dem konkreten Umweltschutz mit den Neophyten wird es jetzt wieder abstrakt und bürokratisch.

Die Umwelt und die natürlichen Ressourcen bilden unsere Lebensgrundlage. Das ist so und das sieht auch die SVP so. Die Verfassung des Kanton Zürich weist nicht weniger als sieben Artikel auf, welche die Erhaltung der Lebensgrundlagen und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zum Zweck haben. Diese gelten natürlich auch für die kantonale Verwaltung, und wenn man die aktuelle Politik des Regierungsrates und die einschlägigen Regulierungen aus der Verwaltung verfolgt, kann man kaum daran zweifeln, dass diesen Verfassungsartikeln nicht nachgelebt wird. Wir vertrauen also den Direktionen, dass sie angesichts des von der Wirtschaft, Landwirtschaft und Bevölkerung mit Gesetzen und Verordnungen geforderten umweltbewussten Verhaltens ihrerseits mit gutem Beispiel vorangehen. Ein zusätzliches Instrument dies zu überwachen braucht es nicht. Der Mehrwert eines von den Postulanten geforderten Umweltmanagements in der Verwaltung steht in keinem Verhältnis zum damit verbundenen Aufwand. Wir folgen daher dem Antrag des Regierungsrates und lehnen das Postulat ab.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Hier im Saal haben wir einen hohen Anteil an Exekutiv-Politikerinnen und -Politiker. Ihnen ist die Situation nicht neu, in der sich der Regierungsrat bei der Behandlung dieses Postulats befand. Der Gesamtregierungsrat wollte wohl dieses Postulat möglichst schnell vom Tisch haben. Ich höre ihn sagen: Was das Postulat will, das machen wir doch schon und das, was wir machen, ist schon gut. Im Übrigen ist der Vorschlag zu teuer. Deshalb war dann die Devise: Die Postulats-Nichtentgegennahme-Begründung machen wir möglichst kurz, beantworten Fragen, die eigentlich gar nicht im Raum waren und treten am Rande auf die Forderungen ein.

Aber was war denn nun die Forderung des Postulats? Die Postulanten wollten ein Umweltmanagementsystem als Teilbereich des Managementsystems, das sich primär mit den betrieblichen Umweltbelangen der Organisation beschäftigt. Es sollte somit eine nachhaltige Umweltverträglichkeit der staatlichen Dienste, Produkte und Prozesse gesichert werden und entsprechend die Verhaltensweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst umweltverträglich werden. So verstehe ich, so verstehen wir das Anliegen. Dass das Ganze dann auch noch zu Prozessoptimierungen führen kann, ist ein schöner Nebeneffekt. Wichtig ist es den Initianten und Initiantinnen, dass dies systematisch und in allen Bereichen der kantonalen Verwaltung geschehen kann; somit nicht nur alleine durch und in der Koordinationsstelle für Umweltschutz. Es wurde somit kein alleiniges Monitoring oder eine transparente Berichterstattung, wie das der Regierungsrat umschreibt, gewünscht. Es ging bei diesem Postulat auch nicht um mehr Kennzahlen, die erhoben werden sollten, geschweige denn um Kennzahlen, die bereits in verschiedenen Abteilungen, beispielsweise wie vom Regierungsrat hervorgehoben, aktuell im AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) erhoben werden. Sondern es ging viel mehr um ein grundlegendes neues System, um einen Systemwandel – so zumindest haben wir dieses Postulat verstanden. Dieses Anliegen ignoriert aber der Regierungsrat weitgehend in seiner Stellungnahme und er spricht entsprechend nur von diesen Kennzahlen und einer transparenten Berichterstattung vom Monitoring und dass dies bereits doch schon gemacht würde, mindestens in ausgesuchten Abteilungen.

Um dies geht es, wie gesagt, nicht. Deshalb wird die SP-Fraktion das Postulat unterstützen, weil es uns ein Anliegen ist, dass die gesamte Verwaltung ökologischer unterwegs ist als heute und es deshalb sinnvoll ist, einen Bericht zu verfassen, wie ein solches Umweltmanagementsystem eingeführt werden kann. Wobei betont werden muss, dass es eigentlich nicht bei einem Bericht bleiben darf, sonst ist das Ganze dann nur ein zahnloser Papiertiger oder ein zahnloses Papiertigerchen, und der Vorschlag, wie der Regierungsrat durchblicken lässt, nur einfach teuer. Sondern es müssen Massnahmenvorschläge generiert werden, um die ökologisch relevanten Auswirkungen anzugehen, wie es in der Begründung des Postulats heisst.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Die FDP stimmt mit der Antwort des Regierungsrates überein und will das Postulat nicht überweisen.

Es ist so, dass ökologische Umweltanliegen nicht nur in denjenigen Departementen vorzusehen sind, wo sie erwartet werden, wie zum Beispiel im Baudepartement, sondern zum Beispiel auch im Finanzdepartement. Das wird, wo sinnvoll, bereits von der Regierung gemacht. Der Kanton Zürich hat auch schon einiges erreicht, wie zum Beispiel das kontinuierliche Umstellen der Fahrzeugflotte; die Gebäude der Verwaltung sind meist in der Nähe von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, und bezüglich dem öffentlichen Beschaffungswesen haben wir mit der Verabschiedung des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen in Bern (*BöB*) gute Möglichkeiten, auch ökologische Werte in die Beschaffung einzubringen. Der Kanton Zürich soll dazu der 2019 verabschiedeten Interkantonalen

Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (*IVÖB*) beitreten – die Vorlage ist in der Kommission Planung und Bau des Kantonsrats. Diese Vorlage dient als Grundlage, damit bei Ausschreibungen Nachhaltigkeitskriterien vorgeschrieben werden können. Das Verfahren läuft im Kanton Zürich also, was gut ist. Das alles in einem Bericht und Kennzahlen zusammenfassen gesamtverwaltungsübergreifend, das braucht es nicht. Ein Umweltmanagementsystem für den ganzen Kanton Zürich ist folglich nicht nötig. Managen heisst ja verwalten. Und im Umweltbereich brauchen wir nicht weiteres Verwalten, sondern wir brauchen Taten. Der Baudirektor zeigt das bereits, und wir können also das Postulat ohne Gewissensbisse ablehnen.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): In meiner wilden Jugendzeit hatte ich eine Phase, in welcher ich jeweils all meine Höhenflüge und Weltnöte in einem Tagebuch festgehalten habe. Wirklich viel gebracht hatte das nicht, aber immerhin konnte sich so mein damalig etwas unsteter Hormonhaushalt ein wenig nivelieren. Im Hinblick auf den Weg dieses Geschäft habe ich das Instrument des Tagebuchs nochmals aktiviert und möchte daraus ein paar wenige Einträge zitieren: 12. Dezember 2019: Stefanie Huber von der GLP staucht mich zusammen, weil ich beim Vorstoss «Leitungswasser statt Mineralwasser» mitunterzeichnet habe. Sie findet, man sollte aufhören, zu solch beschränkten Themenkreisen Vorstösse einzureichen. Besser wären gesamtheitliche Sichtweisen. Ich fühle mich etwas unwohl, lasse die Kritik aber dennoch bei mir ankommen.

6. Januar 2020: Weil mich nun auch noch Sonja Gehrig in die Zange genommen hat, willige ich ein, beim Vorstoss für ein zielgerichtetes Umweltmanagement in der kantonalen Verwaltung mitzumachen. Wie stark sich der Baudirektor wohl freuen wird über unseren Vorstoss?

4. März 2020: Der Regierungsrat hat uns geschrieben. Scheinbar hat ihn das Thema nicht gross interessiert. Oder er hatte nicht so viel Zeit. Jedenfalls werden wir mit einer rekordtiefen Zahl von zwölf Sätzen abgefertigt. Zu teuer sei das Ganze, sagt er unter anderem. Immerhin gibt es scheinbar eine Koordinationsstelle für Umweltschutz, die KofU. Die nimmt sich nun unserem Anliegen an und will sich bis in einigen Monaten primär zu bestimmten klimarelevanten Aspekten äussern. Ich freue mich darauf.

20. November 2020: Heute habe ich Geburtstag. Als Geschenk wäre es schön gewesen, nach immerhin schon neun Monaten von der KofU etwas zu hören. Leider Fehlanzeige. Sind die schon im Winterschlaf?

31. Januar 2022: Im Kantonsrat herrscht dicke Luft, weil der halbe Tag über Gülle diskutiert wird. (*Heiterkeit*) Unser Postulat versucht eine andere Duftmarke zu setzen, was aber schwer ist. Sieht denn wirklich niemand ein, dass bei einer Verwaltung mit 35'000 Angestellten ein zielgerichtetes Umweltmanagement die dafür nötige Initialinvestition um ein Vielfaches wieder wettmacht? Zudem könnte ein sauberer Bericht helfen, die Flut von zweifelhaften Vorstössen sicher deutlich reduzieren.

Was auch immer in den Köpfen meiner Regierung und den Kolleginnen und Kollegen vorgeht: Ich und mit mir die EVP sind überzeugt, dass dieses Postulat unseren Kanton besser machen wird. Wir werden es darum mit gutem Gewissen überweisen.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Zuerst möchte ich mich bei Daniel Sommer in aller Form entschuldigen, wenn das als ein Zusammenstachen wahrgenommen wurde, dann war das sicher nicht die Intention. Ich freue mich, dass die EVP das Postulat trotzdem weiterhin unterstützt.

Nun, wir haben den ganzen Reigen gehört. Die SVP will der Verwaltung vertrauen. Ja, das tun wir auch, aber wir denken trotzdem, dass man das auch kommunizieren kann, was Gutes man tut; tue Gutes und sprich darüber. Am anderen Ende haben wir Markus Bärtschiger gehört; vielen Dank, das war die Beschreibung eines umfassenden Umweltmanagements, das wirklich das nachhaltige Handeln der Gesamtverwaltung in den Vordergrund stellt. Das wäre sicher ein hehrer Wunsch. Ich glaube, mit unserem Postulat liegen wir genau dazwischen. Es geht eben nicht, wie es die FDP in den Vordergrund gestellt hat, nur um die Beschaffung, sondern alle Direktionen sollen einmal schauen, was ihre grossen Umweltauswirkungen sind und wo man mit einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis etwas bewegen kann. Ich glaube, dass Postulat ist genau richtig, um in dieser Breite der Auslegungen, die wir heute gehört haben, einmal einen Bericht zu erstellen. Ich bin kein Fan von Verwaltungsbeschäftigung, aber dieses Postulat hat gerade nach dieser Debatte seine Berechtigung. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 80 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 2/2020 zu überweisen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.